

Bund ehem. 144
Sonntag, 28. 8. vor
mittags 11 Uhr im
Gartenhaus
Verammler
Tagesordnung am
Platz.
Wegen der Wichtig-
keit werden die Rame-
raden gebeten, voll-
ständig zu erscheinen.
Der Vorstand.
6 Wochen alle
Doberman-
hunde
zu verkaufen.
Kaiser-Friedrichstr.
Nr. 30.
September
eik!
nölken
helt.
ssenschaft
e. G. m. b. H.
verkauf
abgebestellen werden
geben, auf die unse-
reren 4/5 Räder
für M. 100.—, Flaschen-
Ablieferung für
verabfolgt. Bei Ab-
Mitglieder (Spar-)buch
karte vorgelegt wer-
det wie bisher in der
Tag, auch Sonntags
Straße nur Samstags
Vorstand.
demiker,
ch.
berlin komm.
sche Lesehalle
hestr. 11.
salatöl
fein.
und 1/2-Flaschen
ar, Markt 8.
stauhl!
lucht eine 3- bis 4
und tauscht eine jede
Wohnung in abge-
te Lage.
310 an die Geschäfts-
Sauberes
Morgen-
mädchen
gekauft.
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.
Junges
Mädchen
24 Jahre, in Küche
und allen Hausarbeit
erfahren, sucht
Stelle
für ganze oder halbe
Tage.
Off. unt. 32020 an d.
Beiz d. Blattes.
st Du
mpfe
21
sch
cke Osterstr.

Redaktions-
Stadtkreis des
Kunstler Angehöriger
des Landratsamtes
von Württemberg
am 28. August 1927
Organ
der Sozialdemokratie

Volksblatt

Verlags-
Stadtkreis des
Kunstler Angehöriger
des Landratsamtes
von Württemberg
am 28. August 1927
Organ
der Sozialdemokratie

Ausgleichsversuche im Osten.

Von unserem
Warschauer Sonderberichterstatter.

Warschau, im August.
Der polnische Gesandte in Moskau, Patel, ist dieser Tage auf seinen Posten zurückgekehrt. Um seine letzten Missionen war hier ein wenig Kellamebetrieb veranstaltet worden; aus der Entfernung sah man dann die Dinge noch größer. Infolgedessen kamen Nachrichten zustande, wie die, daß es Polen nunmehr gelungen sei, die Völkerstaaten zu einem kollektiven Vorgehen bezüglich des Garantievertrages mit Sowjetrußland zu vereinigen. Ja, man konnte sogar lesen, Polen sei als so vertrauenswürdig im Kreise befunden, daß man ihm die Vermittlung im englisch-russischen Konflikt angetragen habe. Natürlich waren dies lauter Enten, aber sozusagen zahme Enten, die demjenigen, den es anging, garnicht unlieb sein mochten.

Tatsächlich dürften die Ergebnisse der über zwei Monate währenden Moskauer-Warschauer Besprechungen, die hauptsächlich von Patel und vom Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats des Auswärtigen, Stomoniakow, geführt wurden, erheblich bescheidener und magerer gewesen sein. Es handelt sich während dieser ganzen Sommerzeit um die Liquidierung der Folgen des Warschauer Gesandtenmordes. Sie hat nicht wenig Mühe gekostet, denn die Sowjetregierung hat die Gelegenheit, als fordernder, als moralischer Gläubiger auftreten zu können, sich nicht entgehen lassen. Wenn die „Iswestija“ in jenem vielbesprochenen Ende Juli erschienenen Artikel der polnischen Regierung und insbesondere Patels eine lobende Junktur dafür erteilte, daß er „die Stimmung breiter Bevölkerungskreise der Sowjetunion nach der Ermordung Wostkows richtig zu würdigen“ verstanden hätte, so war daraus bereits herauszulesen, daß dieses Lob nicht umsonst zu haben war. Dieser Einbruch wurde bestätigt, wenn Patel selber der Warschauer „Epoka“ am 5. August erklärte: „Die Summe der Verurteilungen, die wir Rußland gewährt haben, ist so groß, daß beide Teile zu ihrer vollen Satisfaktion gekommen sind.“ Welche Teile? Die polnische Satisfaktion mag in der Tat auch eine konkrete Grundlage gehabt haben, nämlich darin, daß es möglich wurde, den Streit in mündlichen Verhandlungen beizulegen, so daß Polen darum herum kam, auf die zweite, recht insinuante Sowjetnote wegen der Wostkowsaffäre überhaupt durch eine Gegennote erwidern zu müssen. Die Sowjetregierung hingegen erreichte umgekehrt nichts mehr. Sie konnte sich ihrerseits ins Plus buchen, daß die vom Standgericht zugunsten des Gesandtenmörders Kowderda beantragte Strafmäßigung nunmehr vom polnischen Staatspräsidenten abgelehnt wurde. Ferner aber wurden dem politischen Geschäftsausschluß mit dem Sowjetnachbarn russische Emigranten geopfert. Mehrere den Sowjets besonders mißliebige Russen wurden ausgewiesen; das dagegen protestierende Organ der russischen Minderheit in Polen „Sowoboda“ wurde wiederholt konfisziert; ein warnender und drohender Erlaß des Innenministers an die russischen Emigrantenzentren bildete den Abschluß dieser Maßnahmen.

Unter welchem allgemeinen Gesichtspunkt ist diese polnische Nachgiebigkeit zu betrachten? Sie ist konsequent, wenn man sich erinnert, daß schon vor dem Gesandtenmorde die polnische Politik erkennen ließ, daß sich Polen nicht als Figur im Schachspiel von England gegen Rußland vorstücken lassen wolle, zum mindesten nicht als angreifende Figur. Polen betrachtete die englisch-russische Spannung vielmehr von Hause aus als Gelegenheit, um selber ins politische Geschäft zu kommen. Nach beiden Seiten. Die Wostkowsaffäre war daher doppelt fatal, und selbst Prestigeopfer waren nicht zu teuer, um nach begonnener Fahrt die Pannne möglichst bald zu überwinden. Immerhin hat der ganze Vorfall einen erheblichen Zeitverlust verursacht. Man steht heute dort, wo man sich vor der Ermordung Wostkows, also vor drei Monaten befand. Inzwischen wirken die Beurteilungen verzögernd ein: Stomoniakow kurtiert sich noch in Karlsbad; Patel selber will eine Reise in den Kaukasus absolvieren; die Warschauer Zentrale ist von Genf in Anspruch genommen. So dürfte die Prognose stimmen, daß erst gegen Ende September oder Anfang Oktober jene Entwürfe für die Garantieverhandlungen überhaupt ernstlich diskutiert werden können, die Wostkow im Juni nach Moskau mitnehmen wollte, als ihn die Angel ereilte.

Dürfte es somit richtig sein, übertriebene Auffassungen über die polnisch-russische Annäherung auf ein entsprechendes Maß zu reduzieren, so bleibt immerhin nach, daß die Richtung zu einer Entspannung eingeschlagen wurde und von beiden Seiten gewünscht wird. Nimmt man das Maß, mit dem man messen will, noch um ein beträchtliches geringer, so wird sich etwas Ähnliches auch von einer zweiten ostpolitischen Spannungsjone sagen lassen: von den polnisch-litauischen Beziehungen. So steht diese gegenwärtig auch noch, von dem Gefühl der Kriegsgefahr, das jetzt gerade vor Jahresfrist die Gemüter beunruhigte, hat man sich inzwischen doch merklich entfernen können. Im laufenden Jahr haben wir statt dessen sogar einige immerhin erwähnenswerte Sondierungen zu beobachten gehabt, die einem Ausweg aus dem gegenwärtigen Zustande dienen sollten. Ansbe-

sondere verdiente Beachtung, daß solche Neußerungen und Terrainprüfungen nunmehr auch von litauischer Seite erfolgten. Bereits im Januar sagte der neue litauische Ministerpräsident Voldemaras in seiner Regierungserklärung, daß die Fortdauer des Streits über Wilna nicht jede Möglichkeit ausschließe, über andere Fragen mit Polen zu diskutieren. Eine gewisse moralische Bedeutung hatte alsdann der Vorschlag bei der Beisetzungsfeier des Wilnaer litauischen Führers Sasanowicius. Zu dieser Feier begaben sich eine Reihe führender Persönlichkeiten aus Litauen über die Grenze und fanden in Wilna polnischerseits eine gastfreundliche Aufnahme. Ein Festschlag war dagegen die Krönung der Muttergottes von Ostabrama. Die polnische Regierung hatte erwartet, es würden zahlreiche litauische Pilger daran teilnehmen. Das geschah nicht. Dagegen war man in Warschau sehr erfreut über die Teilnahme des litauischen Professors Herbaczewski an der Stowarzyszenie in Warschau und Krakau. Herbaczewski suchte dabei selber seinem Besuch eine politische Bedeutung zu geben, blieb fast den ganzen August in Polen und suchte in Interviews und persönlichen Unterredungen für den polnisch-litauischen Ausgleich zu wirken. Er ist aber ohne Zweifel viel weiter gegangen, als selbst seine ausgleichswilligen Freunde in Litauen wünschen mochten; die litauische Presse hat ihn gar vollends abgeschüttelt. Dessenungeachtet kommt auch die Reise Herbaczewskis als ein Moment zu anderen, um eine gegen früher jedenfalls veränderte Stimmung zu charakterisieren, wenn auch positive Ergebnisse noch nicht zu verzeichnen sind.

Die französische Offensive gegen Locarno.

Eine Erklärung der deutschen Gruppe.

Paris, 26. Aug. Professor Schöding ergreift in der heutigen Sitzung der interparlamentarischen Union das Wort zu einer Erklärung, in der er u. a. ausführt:

Die deutsche Gruppe sieht sich genötigt, in dieser Debatte über die deutsche Politik noch einen Redner sprechen zu lassen, da gewisse Ausführungen des Joubenels über die deutsche Politik bei unserer Gruppe starkes Bestreben erregt haben. Ich möchte sagen zu müssen, daß diese Ausführungen dem großen Ziele der internationalen Verständigung nicht gedient haben. Zunächst war in diesen Ausführungen ein tatsächlicher Irrtum. Niemals hat der deutsche Reichsausschuss den Vorwurf gegen Belgien erhoben, daß es selbst seine Neutralität verletzt hätte. Es findet sich lediglich in dem Gutachten eines einzelnen Parlamentariers eine heftigste Verurteilung über die Verletzung der belgischen Neutralität durch Belgien selbst. Senator de Joubenel hat ferner gegen den Gedanken einer internationalen Konferenz, die den Weltkrieg eingeleitet hätte, die Ansicht geäußert, daß nicht geboren, die fähig seien, über dieses Problem zu urteilen. Man könnte sich dieser Auffassung vollstän-

dig überwinden. In dieser Resolution wird der Friede als höchstes Gut und als das von allen Nationen zu erstrebende Ideal bezeichnet und jeder kriegerische Angriff, jeder Revanchekrieg und jede Zerstörung der brüderlichen Gemeinschaft als Verstoß gegen die Menschlichkeit bezeichnet. In diesem Sinne, heißt es dann, erkläre die interparlamentarische Union einmütig, daß die Verletzung der belgischen Neutralität im August 1914 ein höchst bedauerliches und zu verwerfendes Verbrechen sei. (Und der Einbruch Belgiens in das friedliche Nachbarland!) Sie gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Beilegung der Verträge künftig die Regel für das Verhältnis der Völker sein werde und gebe zur Tagesordnung über. Auf diesen Antrag antwortete im Namen der deutschen Delegation Professor Schöding. Er betonte, daß man eine Initiative, wie die von Van der Weide, eine internationale, unparteiliche Enquete-Kommission arbeiten zu lassen, nur begrüßen könne, daß die deutsche Delegation es aber ablehnen müsse, die interparlamentarische Union durch die Annahme einer Entschließung, wie die der belgischen Delegation zum Schiedsrichter zu machen, über Dinge, die sich auf die Vergangenheit beziehen.

Auf die Ausführungen Professor Schöding gab Senator de Joubenel eine kurze Erklärung ab, in der er sich dazu begnügt, zu sagen, daß seine gestrige Rede die Erklärung Schödings hervorgerufen worden sei. Deutschland vertrete die Ansicht, daß Locarno genüge, Frankreich dagegen den Standpunkt, daß Locarno nicht genüge. Im Laufe der Debatte wies Smith, Mitglied des englischen Unterhauses, darauf hin, daß in der Frage der Verantwortung am Kriegsausbruch sämtliche ersten Historiker anerkennen, daß diese Verantwortung nicht einem einzelnen Lande aufgebürdet werden dürfe.

Der merkwürdige Herr de Joubenel.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Köln. Ztg.“: Trotz des peinlichen Einbruchs, den die Erklärung des französischen Senators de Joubenel hinterließ, konnte man über sie getrost zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht gerade der Herr de Joubenel noch in der letzten Zeit in besonders scharfer Weise für die Räumung eingetreten wäre. Im Augustheft

der „Europäischen Revue“ hat de Joubenel als Voraussetzung zu einer deutsch-französischen Freundschaft die klare und einwandfreie Formel gefunden: „Um das Ziel der beiden Nationen gleichermäßen zu fördern, bedarf es der Räumung am Rhein durch Frankreich vor 1935 und einer Garantie des europäischen Friedens nach 1935 durch Deutschland. Hier handelt es sich nicht um ein diplomatisches Geschäft, sondern um einen lokalen Konflikt zum Vorteil aller.“ Dieser durchaus vernünftigen Überlegung hat de Joubenel jetzt in seinem Geschick einen scharfen Kontrast gesetzt, der er noch vor wenigen Tagen befürwortete, endet jetzt bei ihm bestenfalls in ein diplomatisches Geschäft, besser noch würde man sagen: in einen Machtspruch, der wiederum Gewalt vor Recht setzt. Dieser Sprung von dem Ja auf das Nein scheint denjenigen Recht zu geben, die in der Niederlegung seines Mandats für den Völkerbund bei Genf de Joubenel weniger einen sachlichen Grund geben lassen wollten als die Tatsache getränkter persönlicher Eitelkeit. Haben doch seine eignen Landsleute ihm vorgeworfen, er habe lediglich eine Rolle zuzugucken wollen, die durch die Neuerrichtung der diplomatischen Zwischenglieder der leitenden Staatsmänner in Genf eine Rolle zweiten Ranges gegenüber der vergangenen Zeit geworden sei. Das Verhalten de Joubenels gestern ist auf alle Fälle nicht geeignet, in Deutschland Vertrauen zu erwecken und das Mißtrauen gegen die französische Verhandlungsdelegation einzuschärfen. Es ist nur ein Glied in der Kette, die gegenwärtig um Deutschland gelegt wird, um jede vorzeitige Räumung des Rheinlands zu verhindern. Man kommt unwillkürlich zu dem Verdacht, daß sich auch 1935, wenn die Befestigungsfrage abgelaufen ist, wiederum neue Gründe gefunden werden, die von dem Gedanken der Räumung ablenken. Die Befestigung des Rheinlands ist die einzige Arbeit für den Frieden. Herr de Joubenel ist, wie bekannt, der Vertreter des Bewahrens eines Ost-Locarno; weil er mit ihm bisher in Deutschland keine Gegenliebe fand, hat er sicher gestern jene scharfe Äußerung getan.

Französische Pressestimmen.

Paris, 26. August.
Es ist für die französische Presse sehr bezeichnend, daß die Presse die Attende Joubenels mit wüstem Beifallsgeschrei begleitet. So illustriert ihm beispielsweise der „Matin“ darin bei, daß die Befestigung des Rheinlandes als einzig wirkliche Friedensgarantie zu betrachten sei und daß es unklar wäre, sie aufzugeben. Der „Gaulois“ wünscht, daß der Kongreß in Genf bald zu Ende gehe, damit er seine in letzterem Summabeln begehrt. Ein nettes Kompliment für Joubenel, welche Ansicht um die Wiederherstellung des Friedens bemüht sind. „Comme l'histoire“ sagt, die interparlamentarische Union sei nicht zu dem Zweck zusammengekommen, um die Beschwerden Deutschlands anzuhören. Herr de Joubenel hätte dies nicht vergessen dürfen. Seine Erklärungen hätten umso mehr überrascht, als man bei ihm, größeren Takt und Klugheit gewohnt sei. Die „Journal de l'industrie“ spricht ebenfalls von einem grundlegenden Irrtum, welchen de Joubenel begangen habe. Der „Debut“ erwähnt nur, daß der deutsche Reichspräsident mit einer fast brutalen Deutlichkeit die Rheinlandfrage aufgerollt habe. de Joubenel kommt also von der französischen Presse eine scharfe Rüge erteilt, weil er die Rheinlandräumung als eine für die Wiederherstellung des Friedens erforderliche Handlung hinzustellen sich erlaubte. Wenn die Ansicht sich heute wieder im gesamten französischen Volk einzunisten beginnt, dann müßte es selbst einem so tüchtigen Vorfahrer wie Karl May schwerfallen, jenseits unserer Grenzen auch nur noch die geringste Spur vom dem berühmten Locarno-Gelt zu entdecken.

Die Verminderung der Besatzungstruppen.

Der angebliche Inhalt der englischen Antwort.

Paris, 26. Aug. Der Londoner Berichterstatter der Habas-Agentur will den Inhalt der englischen Antwortnote zur Frage der Besatzungsverminderung wie folgt skizzieren können:

Die englische und französische Regierung seien durch aus einer Ansicht darüber, daß man die Befestigung ausschließlich vom Standpunkt des Dawes-planes ansehen müsse, dessen Garantie sie sei, während der Sicherheitsfaktor, was man auch gestanden habe, die beiden Regierungen seien gleichermaßen der Ansicht, daß Deutschland keine Ziffern aufzustellen habe, sondern daß es Sache der englischen und französischen Regierung sei, hierüber zu entscheiden. Es sei jedoch klar, daß beide Regierungen anerkannten, daß Deutschland im Jahre 1925 bei der Besatzungsverminderung gegebene Versprechungen halten zu müssen, ohne daß man sich jedoch auf die deutsche Auffassung von der sogenannten normalen Befestigung festlegen könne. Die englische, belgische und französische Regierung würden also den Bestand ihrer Truppen festsetzen haben. Der Unterchied zwischen London und Paris in der Bewertung dieser Existenzbedürfnisse bestünde nach einer geschätzten Ziffer, da es sich nur um eine Spanne zwischen 60.000 und 55.000 handele. Vom englischen Gesichtspunkte aus liege die Ursache hierfür besonders in Grundbesitzfragen, die zu suchen, da die Organisation der englischen Besatzungstruppen durch ein Berufsheer gebildet werde und auch in einer Art Prestigefrage der militärischen Würde, die den Wunsch rechtfertige, im Rheinland eine im Vergleich mit den französischen Truppen angemessene Anzahl englischer Truppen beizubehalten. Es handelt sich also darum, die These der Diplomaten und diejenige der Mi-

litärs in Einklang zu bringen, was übrigens nicht für unmöglich angesehen werde, da ja die Verständigung zwischen den beiden Regierungen im Prinzip erfolgt sei. Dies sei der Inhalt der Antwortnote, die den englischen Kabinettsrat gestern formuliert worden sei. Diese Antwortnote, so erklärt der Londoner Berichterstatter der Habas-Agentur, regelt übrigens nicht die ganze Frage und beendet auch nicht die Erörterungen zwischen London und Paris. Diese würde vielmehr in einigen Tagen direkt zwischen dem englischen und dem französischen Außenminister fortgeführt werden, da Chamberlain am 31. August in Paris weile und bis zur Weiterfahrt nach Genf, die am Abend des gleichen Tages erfolge, genug Zeit haben werde, um sich mit Briand zu besprechen.

Nach Mitteilung des Quai d'Orsay ist die englische Erwiderung auf das französische Memorandum in der Frage der Verminderung der rheinischen Besatzungstruppen heute vormittag hier eingetroffen.

Eine französische Sendenzmeldung?

Berlin, 26. Aug. Wir erfahren von bestunterrichteter Seite: Die französische Agentur-Habas hat in einem Telegramm aus London den angeblichen Wortlaut der englischen Antwortnote auf die französische Note in der Frage der Verabreichung der Rheinlandbesatzung wiedergegeben. Es ist demgegenüber angebracht, darauf hinzuweisen, daß diese englische Note tatsächlich einen wesentlich anderen Inhalt als den von Habas gemeldeten zu haben scheint. In unterrichteten Kreisen hält man es für unabweisbar, daß die englische und französische Regierung darin übereinstimmen sollen, daß die Rheinlandbesatzung die Garantie für die Erfüllung des Dawes-

Die belgische Neutralität.

Paris, 26. August. Auf der heutigen Sitzung der interparlamentarischen Union befaßte sich der belgische Senator Maunette mit der Frage der belgischen Neutralität im Weltkriege und der Deportierung belgischer Arbeiter nach Deutschland. Er schloß der Vollversammlung eine Resolution zur Annahme vor, die dem Vorstand zur weiteren Behand-

Erklärung und um Nicht Recht. Ueber die Zahl der
Toten und Verletzten gehen die Ansichten weit

Die Zahl der deutschen Flüchtlinge ist im Jahre 1926 von 47 auf 61 gestiegen. An erster Stelle sowohl der Flüchtlinge als auch der Verlorenerbetriebe betreffend steht die Textilindustriehauptstadt, zu der die meisten Flüchtlinge gehören und von der sie sich am weitesten ausbreiten können. Weniger als 5349 Flüchtlinge kamen nach Hagen, wo auf dem Tempelhofer Feld, die zusammen 15 538 Flüchtlinge befördert wurden, gegenüber 11 720 im Jahre 1925. Ganz dicht folgt Hamburg mit 14 318 beförderten Personen. Von dort aber nicht vergessen, daß der Durchgangsbetrieb bei Hamburg eine viel größere Rolle spielt als bei Berlin, das als Durchgangshafen überhaupt kaum in Betracht kommt. Nach Berlin und Hamburg haben München, Köln, Halle, Frankfurt, Leipzig den größten Flüchtlingsaufzuweisen. Auffallend ist der Rückgang der Flüchtlinge nach Bremen, das trotz der Vereinigung mit dem Bremerhaven-Bereich der deutsche Seehafen mit 6. Stelle in der Verkehrsliste der deutschen Städte zurückgefallen ist. Besonders auffallend ist die Zunahme des Verkehrs in folgenden Städten: Düsseldorf beförderte 2 035 Personen gegenüber 720 im Jahre 1925, Essen 5009 gegenüber 328, Köln 4800 gegenüber 1999, Mannheim 4 902 gegenüber 1960, ebenfalls starke Zunahme zeigen Gasse, Dortmund, Breslau, Braunschweig.

Die wichtigste Frage für die Doppelinwertung ist im Augenblicke die Finanzierung des Unternehmens, die, da die Reichsbank keinen Zuschuß ertheilt, Befähigung hatte das Reich, die weiteren Aufschuß in Höhe von mehreren Millionen zugesagt, doch wurde die Weisung zu Beginn dieses Jahres aus dem Etat gestrichen und das jetzt ist es nicht möglich gewesen, die absehbende Haltung der Regierungsfreien zu ändern. Dr. Cäener, der von Südamerika zurückgekehrt ist, wo er wegen des regelmäßigen transatlantischen Luftverkehrs längere Verhandlungen gepflogen hat, wird eintreffen in den nächsten Tagen (von in Berlin eintreffen) mit der Reichsregierung und dem Reichs-Verkehrsministerium Rücksicht zu nehmen. Man hofft in Friedrichshagen immer noch, daß es gelingen wird, vom Reich wenigstens die Mittel zu erhalten, die man für die Stellung des Baues notwendig sind, da man sich nur ungern wegen Aufnahme eines Kredites an das Ausland wenden möchte, das der Doppelin-Werkschafts-Verkehrs nach dieser Richtung hin Vorräthe gemacht hat.

